

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

10+11/2009
Oktober/November 2009
26. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Deutsches Gesundheitswesen effektiver als in den USA	Seite 1
	Adventisten feiern erstmals „Tag der Schöpfung“	Seite 3
	Wintersemester mit 68 neuen Hochschul-Studenten in Friedensau	Seite 4
	Vandalismus durch Schafbock im Kirchenarchiv	Seite 4
	„Salomo-Schule“ in Rastatt eröffnet	Seite 5
	Vereinigung getrennter Freikirchen nach dem Fall der Mauer	Seite 6
	Auf Wolfgang Huber folgt Margot Käßmann	Seite 9
	Freikirchenleiter der Adventisten gratuliert Margot Käßmann	Seite 11
	Evangelische Kirche feiert 2010 das „Melanchthon-Gedenkjahr“	Seite 12
	Weihnachtsmarken mit Motiven der holländischen Buchmalerei	Seite 13
International	Aufgehängte Puppe als Todesdrohung	Seite 13
	Friedensnobelpreis für Obama „überraschend und mutig“	Seite 16
	Kruzifix-Verbot: Kreuzzug gegen das Kreuz?	Seite 17
	Lutherischer Weltbund wählt chilenischen Theologen zum Generalsekretär	Seite 20
	Schweiz: 10,2 Millionen Franken Spendengelder für Asien	Seite 20
ADRA	Zehnte bundesweite Aktion „Kinder helfen Kindern“	Seite 21
Dokumentation	Erklärung zum Tag der Schöpfung am 24. Oktober 2009	Seite 21
Zeitgeschehen	110 Jahre theologische Ausbildungsstätte der Adventisten in Friedensau	Seite 22
Kommentar	Mittelweg zwischen den Extrempositionen finden	Seite 26

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon (0711) 4 48 19-14, Telefax (0711) 4 48 19-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski
(stellvertretend), Martin Glaser, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel
Telefon (+41 [0] 61) 261 61 15, Telefax (+41 [0] 61) 261 61 18
E-Mail: APD@stanet.ch
Christian B. Schäffler (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike,
Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA
Telefon (+1 301) 680 6306, Telefax (+1 301) 680 6312
E-Mail: adventistnews@gc.adventist.org
Ray Dabrowski (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Alle Texte können veröffentlicht werden. Bei Veröffentlichung der Texte bitten wir um Quellenangabe „APD“ und um Belegexemplar.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 15,7 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 201 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.600 Mitglieder in 586 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Deutsches Gesundheitswesen effektiver als in den USA

Berlin, 09.11.2009/APD „Im Vergleich mit anderen Staaten werden auch die Stärken unseres deutschen Gesundheitssystems deutlich, sodass es keinen Grund gibt, nur zu jammern.“ Zu diesem Ergebnis kam Professor Dr. Hans-Jochen Brauns vom „Network for Better Medical Care Berlin“ (NBMC) anlässlich einer Podiumsdiskussion zum Thema „Gesundheitswesen und Krankenversorgung in Deutschland und in den USA“. Die Veranstaltung fand im Rahmen der „Berliner Wirtschaftsgespräche“ im Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf statt.

Brauns Gesprächspartner waren Bernd Quoß, Geschäftsführer von „Waldfriede“, und Lars Houmann, Präsident der Florida Hospital-Kette, Orlando/USA, die mit 18 angeschlossenen Kliniken und einem Jahresumsatz von zwei Milliarden Euro als zweitgrößte Krankenhauskette in den Vereinigten Staaten gilt. „Waldfriede“ und die Florida Hospital-Kette sind seit März 2008 Kooperationspartner. Die Krankenhauskette gehört ebenfalls zum „Adventist Health System“ der weltweiten Freikirche.

Quoß erläuterte, dass die von Reichskanzler Otto von Bismarck 1883 in Deutschland gegründete Krankenversicherung im Prinzip auch heute noch in ihrer Grundstruktur gelte. Sie beruhe auf dem Solidaritätsprinzip, sodass der Starke für den Schwachen, der Gesunde für den Kranken und der Reiche für den Armen finanziell aufkomme. 88 Prozent der Bundesbürger seien pflicht- und lediglich zehn Prozent privatversichert. Die Ein- und Ausgaben für das Gesundheitswesen wären gesetzlich geregelt, sodass die Ausgaben durch Kostendämpfungsgesetze relativ stabil blieben. Dass es dennoch zu finanziellen Problemen komme, liege an den seit acht Jahren rückläufigen Einnahmen. Sie hätten ihre Ursachen unter anderem in Arbeitslosigkeit, sinkenden Gehältern und geänderten Erwerbsbiografien, sodass Menschen erst später ins Berufsleben einstiegen und früher in Rente gingen. Auch das steigende Alter sei zu berücksichtigen. Etwa die Hälfte der Krankheitskosten eines Bundesbürgers entstünden ab dem 65. Lebensjahr.

„In den USA werden 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BiP) für die Gesundheit ausgegeben, in Deutschland nur 10,4 Prozent“, betonte Quoß. Obwohl die Gesundheitsausgaben in den Vereinigten Staaten pro Kopf bei 5.613 Euro gegenüber 2.763 Euro in der Bundesrepublik lägen, sei der Versorgungsindex, der alle Leistungen beinhalte, in Deutschland mit 116 gegenüber 76 wesentlich besser. Höhere Gesundheitsausgaben würden auch nicht zu einer längeren Lebenserwartung führen. Die

durchschnittliche Lebenserwartung von Männern liege in den USA bei 75,4 und in Deutschland bei 77,2 Jahren. Ähnlich sei es bei Frauen mit 80,7 zu 82,4 Jahren. Bernd Quoß zog daher das Fazit: „Für das umfassende Leistungsangebot und das Versorgungsniveau in Deutschland sind die Gesundheitsausgaben im Vergleich zu den Vereinigten Staaten relativ gering.“

Lars Houmann teilte mit, dass sich das amerikanische Gesundheitswesen im Wandel befinde. Dass die private Krankenversicherung in den USA heute eine so große Rolle spiele, liege daran, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Löhne durch den Gesetzgeber eingefroren worden seien. „Um gute Arbeitskräfte zu bekommen, übernahmen Firmen die Kosten für die Krankenversicherung ihrer Mitarbeiter. Das war erlaubt.“ So seien etwa 50 Prozent der US-Bürger durch ihre Arbeitgeber krankenversichert. Doch inzwischen könnten immer mehr Firmen die hohen Versicherungsbeiträge nicht mehr tragen. Ein Viertel der Bevölkerung sei über staatliche Programme krankenversichert, etwa Rentner und Behinderte über „Medicare“ sowie Sozialhilfeempfänger über „Medicaid“.

Wer nicht durch seinen Arbeitgeber krankenversichert ist oder von „Medicare“ beziehungsweise „Medicaid“ versorgt wird, habe Probleme, die Versicherungsprämien aufzubringen. Daher seien 47 Millionen Amerikaner gar nicht und weitere 16 Millionen nur unzureichend versichert. Eine ernste Krankheit könne bei diesen Gruppen schnell zum finanziellen Ruin führen, erläuterte Houmann. Hier wolle nun die neue Regierung unter Präsident Barack Obama eingreifen und eine Pflichtversicherung einführen. Darüber werde jetzt in den USA heftig diskutiert. Es gehe dabei nicht nur um die Kosten, sondern auch um Befürchtungen, dass der Staat zu sehr in das Gesundheitswesen eingreife und bisher gewährte Leistungen beschneiden wolle.

In den USA würde der freie Markt entscheiden, was eine Operation koste. Jedes Krankenhaus müsste mit jeder Krankenversicherung eigene Verhandlungen führen. Das sei sehr aufwändig und erfordere mehr Verwaltungspersonal als in Deutschland. Houmann würde sich daher schon ein gewisses Eingreifen des Staates bei Ein- und Ausgaben für das Gesundheitswesen wünschen. Zum Schluss übergab er als Zeichen einer guten Kooperation Bernd Quoß ein neues Gastro- und Endoskopiegerät zur Magen- und Darmspiegelung für das Krankenhaus „Waldfriede“.

Das Akutkrankenhaus „Waldfriede“ ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin und europäisches Ausbildungszentrum für Operationstechniken in der Koloproktologie. Jährlich werden etwa 9.000 Patienten stationär und 12.000 ambulant behandelt. Seit der Gründung des Krankenhauses im Jahr 1920

orientiere sich laut Quoß das medizinische Handeln „an ganzheitlichen Präventions- und Therapiekonzepten zum Wohl der gesamten Menschheit. Lange bevor der Gesetzgeber Strukturen im Gesundheitswesen änderte, hat sich Waldfriede mit einem Netzwerk von Einrichtungen zu einem Gesundheitshaus entwickelt.“ Unter anderem gehörten dazu ein ambulanter häuslicher Pflegedienst, Kurzzeitpflegestationen, eine Krankenpflegeschule, das Projekt Babyklappe für Mütter in Not, eine Kindertagesstätte mit einem Familienzentrum und ein Schwimmbad. (5.019 Zeichen)

Adventisten feiern erstmals „Tag der Schöpfung“

Hannover/Ostfildern bei Stuttgart, 09.11.2009/APD Die Siebenten-Tags-Adventisten feierten am 24. Oktober in ihrem wöchentlichen Gottesdienst erstmals weltweit in rund 200 Ländern den „Tag der Schöpfung“. Während der diesjährigen Frühjahrstagung in Silver Spring, Maryland/USA, hatte der Exekutivausschuss der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) die Einführung eines „jährlichen Sabbats zur Feier der Schöpfung und des Schöpfers“ jeweils Ende Oktober beschlossen. Die Adventisten halten ihren wöchentlichen Gottesdienst nicht am Sonntag, sondern am Samstag, dem biblischen Sabbat. Laut dem Vorsitzenden der Freikirche in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), erinnere eines der Zehn Gebote der Bibel daran, dass Gott den Sabbat als Ruhetag zum Gedenken an die Schöpfung eingesetzt habe.

In einer gemeinsamen Erklärung des Nord- und Süddeutschen Verbandes der Freikirche zum „Tag der Schöpfung“ heißt es: „Wir glauben an einen Schöpfergott, der diese Welt und das Leben auf ihr geschaffen hat und es erhält.“ Die Schöpfung sei ein Geschenk Gottes, „das uns zu verantwortungsbewusstem Umgang mit ihr verpflichtet“. Da der Mensch als Teil der Schöpfung mit Würde ausgestattet sei, wende sich die Leitung der deutschen Adventisten „gegen Folter, Todesstrafe, Vertreibung und alle entwürdigenden Praktiken, die Menschen ihres Lebens oder Lebensraumes berauben. Wir akzeptieren keinen Rassismus, weder in der Gesellschaft noch in unserer Freikirche.“

Die Schaffung des Menschen als Mann und Frau verbiete „jede geschlechterspezifische Diskriminierung“ sowie die „Auflösung von Ehe und Familie“, heißt es in der Erklärung weiter. Alles wirtschaftliche Handeln dürfe nicht der Gewinnmaximierung Weniger dienen, sondern müsse das ökonomische Wohl aller Menschen im Auge haben. Die in der Schöpfung grundlegend eingeflochtene Zeit der Ruhe, des Herausgenommenseins aus allen Zwängen und Ansprüchen der Lebensbewältigung sei eine heilige, unantastbare Zeit. Sie dürfe dem wirtschaftlichen Erfolgsstreben nicht geopfert werden.

Die Erklärung schließt mit der Feststellung: „Wir schätzen die Wissenschaften als eine wesentliche Erkenntnisquelle in unserer Zeit und respektieren Auffassungen, die über die Entstehung der Welt anders urteilen, als wir es in unserem Glauben bekennen. Wir sind aber auch in gleicher Weise gegen jede Ideologisierung wissenschaftlicher Erkenntnis oder Theorie, wenn diese zur Diskriminierung Andersdenkender missbraucht wird.“

Weltweit gibt es in 201 Ländern rund 16 Millionen erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten. In Deutschland zählt die Freikirche 35.600 Mitglieder in 586 Gemeinden.

(2.345 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Der Text der Erklärung ist in der Rubrik „Dokumentation“ zu finden.)

Wintersemester mit 68 neuen Hochschul-Studenten in Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 09.11.2009/APD 68 neue Studentinnen und Studenten nahmen im Wintersemester 2009/2010 ihr Studium an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg auf. Damit sind dort insgesamt 166 Studenten eingeschrieben, 20 mehr als im Vorjahr. 53 haben Theologie, einer Kirchenmusik, 88 Sozialwissenschaften und 22 den Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ belegt, zwei sind Gasthörer.

Die 1899 gegründete Theologische Hochschule Friedensau bietet im Zuge des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare Bachelor- und Masterstudiengänge an. Ein Studium beginnt in der Regel mit einem dreijährigen Bachelorstudiengang in Sozialer Arbeit oder in Theologie. Anschließend können die Studierenden in zweijährigen Masterstudiengängen ihre Qualifikationen in Internationalen Sozialwissenschaften, Beratung, Sozialer Arbeit, Sozial- und Gesundheitsmanagement oder Theologie vertiefen. Ein Teil der Studiengänge wird in englischer Sprache durchgeführt.

(958 Zeichen)

Vandalismus durch Schafbock im Kirchenarchiv

Friedensau bei Magdeburg, 09.11.2009/APD Ein Schafbock hat in den Räumen des Historischen Archivs der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg einen Schaden von mehreren tausend Euro angerichtet. Das Tier war aus der Umzäunung einer Wiese ausgebrochen und durch ein geschlossenes Fenster ins Untergeschoss der Friedensauer Hochschulbibliothek gelangt, wo sich das Archiv befindet. Der erste Anlauf klappte nicht, sodass der Schafbock in ein anderes Fenster sprang. Auf seinem Weg durch das Archiv zerstörte er zwei weitere Glastüren.

Die zufällig anwesenden Architekten der im Mai letzten Jahres eingeweihten Bibliothek bezeichneten die Tat als „Vandalismus pur“. Roland Nickel, Kanzler der adventisti-

schen Theologischen Hochschule in Friedensau, geht davon aus, dass der Schafbock in den Fenstern sein Spiegelbild sah, dieses als vermeintlichen Konkurrenten erkannte und angriff. „Dem Schafbock ist außer ein paar kleinen Verletzungen nichts passiert. Wir prüfen, inwieweit die Versicherung für den Schaden aufkommt“, so Nickel. Zwei Mitarbeiter der Betriebstechnik beruhigten den Schafbock und brachten ihn zur Wiese zurück. (1.040 Zeichen)

Gebetswoche der Adventisten zum Thema „Mission der Hoffnung“

Ostfildern bei Stuttgart, 09.11.2009/APD Unter dem Motto „Unsere Mission der Hoffnung“ findet vom 21. bis 28. November die jährliche, weltweite Gebetswoche der Siebenten-Tags-Adventisten statt, an der sich auch die 586 deutschen Gemeinden der evangelischen Freikirche mit besonderen Gebetsversammlungen beteiligen. Die täglichen Lesungen befassen sich diesmal mit der Mission Christi, die auch die Mission der Christen sei. „Die Menschen scheinen orientierungslos zu sein. Betet deshalb insbesondere für die gesamte Menschenfamilie, dass sie in Jesus wahre Hoffnung und Frieden findet,“ bittet der Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Jan Paulsen (Silver Spring, Maryland/USA), im Vorwort zu den Gebetslesungen. „Wir haben eine gute Chance, die uns anvertraute Mission zu erfüllen, wenn wir dies in Einheit tun, das heißt mit Geduld, Toleranz, Mitgefühl und einem Leben in Treue dem Wort Gottes gegenüber“, fügt der Präsident der west- und südeuropäischen Adventisten, Pastor Bruno Vertaillier (Bern), in der Einleitung zu den Lesungen hinzu.

Zum Abschlussgottesdienst am 28. November gehört auch die traditionelle Opfer-sammlung für die weltweite Mission der Freikirche. Im letzten Jahr betrug die „Ge-betstagsgaben“ der 35.600 Adventisten in Deutschland 715.300 Euro. Für Kinder gibt es ein eigenes Heft mit Gebetslesungen. (1.247 Zeichen)

„Salomo-Schule“ in Rastatt eröffnet

Rastatt, 09.11.2009/APD Mit der „Salomo-Schule“ in Rastatt hat die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten eine weitere Grundschule in Baden-Württemberg eröffnet. In zwei Räumen sind die Klassen 1 bis 3 untergebracht. Eine vierte Klasse soll im nächsten Jahr folgen.

Die Freikirche ist außerdem Träger der adventistischen Bekenntnisschulen in Murrhardt („Daniel-Schule“/Grund- und Realschule), Herbolzheim-Tutschfelden („Elisa-Schule“/Grund- und Realschule) und Isny/Allgäu („Josia-Schule“/Grund- und Hauptschule). Zudem unterhalten die Adventisten in Deutschland die „Immanuel-Schule“ (Grundschule) München, die „Andrews-Advent-Grundschule“ Solingen, die „Freie

Adventschule Oberhavel“ (Grundschule) Oranienburg-Friedrichsthal, das Schulzentrum „Marienhöhe“ Darmstadt (Gymnasium und Realschule) sowie die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg. (799 Zeichen)

„Mit Händen reden – Gott erleben“

Düsseldorf, 09.11.2009/APD Zum 90-jährigen Bestehen der Gehörlosenmission der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten erschien die DVD „Mit Händen reden – Gott erleben“. Sie enthält einen zwölfminütigen Kurzfilm zur Arbeit der Gehörlosenmission, eine Bilddokumentation über die vergangenen 90 Jahre und einen evangelistischen Vortrag in der Gebärdensprache. Die DVD kann im Online-Shop www.adventist-media.de zum Preis von 5 Euro bezogen werden.

Margarete Puich kümmerte sich erstmals 1919 um gehörgeschädigte Gottesdienstbesucher in Bremen. Seit diesen bescheidenen Anfängen finden gegenwärtig jeden Samstag, dem biblischen Sabbat, in über 20 deutschen Adventgemeinden Gottesdienste mit Übersetzung in der Gebärdensprache für Hörgeschädigte statt. In Gesprächskreisen und besonderen Aktionswochen studieren Gehörlose und Hörende gemeinsam die Bibel und geben die Botschaft anderen Menschen weiter. (818 Zeichen)

Vereinigung getrennter Freikirchen nach dem Fall der Mauer

Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung

Schmiedeberg bei Dresden, 09.11.2009/APD „Die ‚Wende‘ beziehungsweise ‚friedliche Revolution‘ von 1989 in der damaligen DDR fiel nicht aus dem Himmel, sondern davor gab es eine Geschichte.“ Das betonte der 2. Vorsitzende des Vereins für Freikirchenforschung (VFF), Dr. Johannes Hartlapp, Dozent an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, bei seiner Einführung in die Herbsttagung des Vereins. Sie fand zum Thema „20 Jahre ‚Vereinigung‘ der deutschen Freikirchen in Ost und West – Versuch einer Bilanz“ im Martin-Luther-King-Haus, dem Tagungs- und Freizeithaus des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, in Schmiedeberg bei Dresden statt.

Man müsse bis ins Jahr 1933 zurückgehen, denn ohne die Machtergreifung Hitlers seien die Teilung Deutschlands und das Jahr 1989 nicht denkbar, so Hartlapp. Viele Christen wären damals rechtskonservativ gewesen und hätten sich vom Nationalsozialismus eine Bewahrung vor dem Bolschewismus versprochen. Doch dann sei völlig unerwartet ein Teil Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg unter kommunistische Herrschaft geraten. „Es kam eine Entwicklung in Gang, die nicht voraussehbar war. Die Schwesterkirchen in Ost und West entwickelten sich eigenständig. Ihr Denken und ihre

Empfindungen waren unterschiedlich. Deshalb war ein Zusammengehen nach 1989 nicht einfach.“

Über den Prozess des Zusammenschlusses der Altlutheraner mit der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) informierte Rektor Pfarrer Stefan Süß, Leiter des Naemi-Wilke Stifts Guben, der größten sozialen Einrichtung der SELK in Deutschland mit Krankenhaus, Sozialstation, Kindergarten, Jugendhilfeeinrichtung und Diakonissenmutterhaus. Während in der Bundesrepublik durch den Zusammenschluss dreier lutherischer Minderheitskirchen 1972 die SELK entstanden sei, „wurde in der damaligen DDR die enge Zusammenarbeit zwischen der Evangelisch-lutherischen (altlutherischen) Kirche und der Evangelisch-lutherischen Freikirche in Sachsen von letzterer 1984 einseitig aufgekündigt“. 1989 hätten 42.000 Mitglieder und 130 Pfarrer der SELK in Westdeutschland 6.000 Altlutheranern mit 20 Pfarrern in der DDR gegenübergestanden. Dennoch sei 1990 einvernehmlich ein Zusammenschluss beider Kirchen vorgesehen gewesen. Dass es schließlich 1991 lediglich zu einem Anschluss der Altlutheraner an die SELK kam, habe an den Körperschaftsrechten der SELK gelegen, die für eine völlig neue Kirche hätten erneut beantragt werden müssen. Solch ein Verfahren wäre jedoch sehr kompliziert gewesen.

Pastor Gerd Sobbe, Leipzig, berichtete über die Gründung neuer Gemeinden des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (BFeG) in Ostdeutschland nach der Wende. Ähnliche Erfahrungen mit Gemeindegründungen und daraus entstehenden Tochtergemeinden mache auch der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP), teilte Ekkehardt Rückert, Dresden, mit.

Die Zusammenführung der Theologischen Seminare des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) in Buckow und Hamburg war das Thema von Pastor Dr. Stefan Stiegler, Hamburg. Nach Gründung der DDR hätte der Bund auch weiterhin Studenten aus Ostdeutschland zur Pastorenausbildung nach Hamburg senden können, wo bereits seit 1880 das Theologische Seminar der deutschen Baptisten bestanden habe. Erst als die Entsendung immer schwieriger geworden sei, habe die Bundesleitung Ost Mitte 1959 beschlossen, eine eigene Ausbildungsstätte in der DDR zu gründen. Am 14. Oktober 1959 begann daher der Seminarbetrieb im vormaligen Diakonissen-Erholungsheim des BEFG in Buckow (Märkische Schweiz). Die Auflösung des Theologischen Seminars Buckow verlief laut Stiegler nach der politischen Wende unproblematisch. Mit dem Beginn des Wintersemesters im Oktober 1991 „setzten zwölf Studierende aus Buckow ihre Studien in Hamburg fort, und drei Dozenten aus der ehemaligen DDR vervollständigten das Kollegium in Hamburg, das nun aus acht hauptamtlichen Lehrern bestand“. Der Prozess der Zusammenführung der beiden

Ausbildungsstätten sei durch die Erarbeitung eines neuen, gemeinsamen Bildungskonzeptes des BEFG gefördert worden, das die Ausbildung der Hauptamtlichen stärker als bisher mit der Fort- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen verzahnen sollte. Das habe dann 1997 zum Umzug des gemeinsamen Seminars nach Wustermark-Elstal und zur Gründung des „Bildungszentrums Elstal“ bei Berlin geführt.

Wesentlich komplizierter sei dagegen die Zusammenlegung der beiden Theologischen Seminare der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten verlaufen, berichtete Dr. Bernhard Oestreich, Dozent für Neues Testament der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg. Die 1899 in Friedensau und 1924 in Darmstadt gegründeten Seminare hätten längst vor der Teilung Deutschlands bestanden, in denen Generationen von Pastoren ausgebildet worden seien. Nach dem Fall der Mauer sei allerdings klar gewesen, dass die Adventisten in Deutschland nur noch eine Ausbildungsstätte für ihre Geistlichen benötigten. Im Vergleich zum Seminar „Marienhöhe“, Darmstadt, hätte Friedensau die schlechtere Infrastruktur gehabt. Die „Marienhöhe“ habe sich jahrelang vergeblich beim Hessischen Kultusministerium um die staatliche Anerkennung als Fachhochschule bemüht. Ein diesbezüglicher Antrag Friedensaus hatte dagegen bei der letzten DDR-Regierung Erfolg. Nach Beratung im DDR-Ministerrat unterschrieb am 10. September 1990 der Minister für Bildung und Wissenschaft die Urkunde, die Friedensau den Status einer staatlich anerkannten Theologischen Hochschule mit Wirkung vom 15. September 1990 verlieh. Dennoch habe es eine Reihe von Einwänden gegen den Standort Friedensau gegeben, sodass schließlich am 17. April 1991 die europäische Freikirchenleitung der Adventisten in Bern entschieden habe, die künftige Pastorenausbildung in Deutschland nur noch in Friedensau fortzuführen. „Die Marienhöher Dozenten wechselten an die neue Hochschule, und das ebenfalls in Darmstadt auf dem Seminargelände befindliche adventistische Gymnasium wurde durch eine Realschule ergänzt, sodass dort heute rund 700 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.“

Bischof i. R. Dr. Walter Klaiber, Tübingen, wies darauf hin, dass bei der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) die Zusammenführung der 1952 in der DDR in Bad Klosterlausnitz gegründeten Ausbildungsstätte mit dem Theologischen Seminar Reutlingen ohne Probleme verlief. Das DDR-Seminar sei nur gegründet worden, weil die dortigen Studenten nicht mehr nach Reutlingen kommen konnten. „Mit der Einheit Deutschlands entfiel dieser Grund.“

„Die Herrnhuter Brüdergemeine gehört in Deutschland zur Europäisch-Festländischen Provinz“, erläuterte Pfarrer i. R. Christian Müller, Niesky, sodass es auch zu DDR-Zeiten eine gemeinsame Kirchenleitung mit Distriktdirektionen in Herrnhut/Sachsen

und Bad Boll gegeben habe. Beschlüsse seien daher erst in Kraft getreten, wenn beide Distriktsynoden ihnen zugestimmt hätten. Die Außenmission sei in Bad Boll und die Losungen weiterhin in Hermhut angesiedelt gewesen. Nach der Wende wären beide Direktionen beibehalten worden, denn das für die Brüdergemeine historisch bedeutsame Herrnhut befinde sich geografisch am südöstlichen Rand Deutschlands. Außerdem gebe es eine weitere Direktion in Zeist/Niederlande.

Pastor i. R. Gerhard Röger, Dresden, informierte über die ehemalige Pressestelle beim ostdeutschen Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK). Da die EmK keinen eigenen Verlag in der DDR habe gründen dürfen, sei die Pressestelle als Unterverleger beim Unions-Verlag, Berlin, aufgetreten. Mit kostenlosen Lizenzen westlicher Verlage habe die Möglichkeit bestanden, Spruchkarten, Bildbände und Poster in großer Auflage herauszugeben. Durch die Wende hätten auch die Freikirchen Sendezeit für Gottesdienste und Andachten im Rundfunk und Fernsehen des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) erhalten. Sie seien beim MDR auch mit einem eigenen Senderbeauftragten vertreten.

Die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) schloss mit Berichten der Pastoren Günther Schneider, Salzgitter, und Ulrich Grabowski, Altenburg, über den Dienstwechsel von Geistlichen Freikirchlicher Pfingstgemeinden und Freier evangelischer Gemeinden aus Ost- nach Westdeutschland und umgekehrt. Die in Schmiedeberg gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert. (7.323 Zeichen)

Auf Wolfgang Huber folgt Margot Käßmann

Erstmals Frau EKD-Ratsvorsitzende

Ulm, 09.11.2009/APD Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird erstmals in ihrer Geschichte von einer Frau als Vorsitzende des Rates der EKD geleitet. Die in Ulm tagende EKD-Synode wählte für die kommenden sechs Jahre mit 132 von 142 Stimmen die Landesbischöfin der Evangelisch-lutherischen Kirche Hannovers, Margot Käßmann (51), zur Nachfolgerin von Bischof Wolfgang Huber (67), der für das Spitzenamt nicht mehr zur Verfügung stand. Ihr Stellvertreter wurde der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Scheider (62). Damit hat die EKD mit Rat und Synode eine weibliche Doppelspitze, denn seit Mai diesen Jahres steht die Grünen-Politikerin und Bundestagsvizepräsidentin, Katrin Göring-Eckardt, der Synode als Präses vor.

Die Führungsrolle von Käßmann hatte sich bereits angedeutet, denn sie erreichte als einzige Kandidatin bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für den EKD-Rat. Die Wahl gestaltete sich ansonsten zu einem Abstimmungsmarathon.

Auch nach zwölf Wahlgängen blieb ein Platz im 15-köpfigen Rat unbesetzt, da sich die Synodalen nicht einigen konnten. Der Sitz ist daher bis zur nächsten EKD-Synode im Jahr 2010 vakant.

Nach ihrer Wahl wies die neue Ratsvorsitzende vor den Synodalen darauf hin, dass sie die begonnenen Reformprogramme weiterführen wolle, und zwar so, dass auch „die Gemeinden vor Ort davon etwas spüren“. Die finanziellen Probleme sollten dabei nicht lähmen, sondern eine Herausforderung sein, „unsere Arbeit zu tun“. Mit dem von ihrem Vorgänger angestoßenen Reformprozess wolle die evangelische Kirche sich in Zeiten sinkender Mitgliederzahlen und zurückgehendem Kirchensteueraufkommen profilieren. Dazu betonte der scheidende Ratsvorsitzende, Bischof Huber, vor der Ulmer Synode: „Was jetzt inhaltlich angestoßen wurde und organisatorisch in Gang gesetzt ist, braucht nun Reifezeit und muss sich bewähren.“ Die Ziele des 2006 eingeleiteten Reformprozesses seien für viele Menschen eine wichtige Orientierung. Es gehe um „geistliche Profilierung statt undeutlicher Aktivität“. Huber ermunterte dazu, sich den Menschen zuzuwenden, die den Kontakt zum christlichen Glauben schon lange verloren hätten.

Der Mitgliederverlust in den 22 Landeskirchen hat sich im vergangenen Jahr deutlich verstärkt. Sie verloren durch Austritte und Todesfälle 308.559 Mitglieder. Das waren 48 Prozent mehr als 2007. Damals schrumpften die Landeskirchen um 207.518 Personen. Damit ging die Gesamtzahl der Evangelischen in Deutschland 2008 um 1,2 Prozent auf 24,52 Millionen zurück.

Der von der Synode verabschiedete EKD-Haushalt 2010 wird mit einem Gesamtvolumen von rund 182 Millionen Euro maßgeblich durch Umlagen der Gliedkirchen finanziert. Größter Einzelposten des EKD-Etats ist dabei mit 42 Millionen Euro die entwicklungspolitische Arbeit zur Armutsbekämpfung in aller Welt. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik belaufen sich auf knapp 14,6 Millionen Euro. Diese beiden Instrumente würden angesichts sinkender Kirchenmitgliederzahlen immer wichtiger, betonte der Vorsitzende des Finanzbeirates der EKD, Klaus Winterhoff. „Außerdem werden Mittel zur Gestaltung des Reformprozesses bereitgestellt.“ Dazu gehöre unter anderem die Einrichtung eines Zentrums für Predigtkultur in Wittenberg und die Unterstützung missionarischer Vorhaben.

Schwerpunktthema der diesjährigen Synode war das Ehrenamt. „Viele Menschen nehmen heute das Engagement als Chance für die eigene Persönlichkeitsentwicklung wahr“, hieß es in dem den Synodalen vorgelegten Textentwurf zum Thema „Ehrenamt evangelisch. Engagiert“. Die neuen „Engagierten“ wollten ihre Interessen einbringen, sich schulen lassen und Kompetenzen entwickeln. Aufgabe der Kirche sei es, sich für

diesen neuen Freiwilligentyp zu öffnen. Dabei gehe es auch um eine neue Verhältnisbestimmung zwischen Haupt- und Ehrenamt. Außerdem sollten Geringverdiener, Arbeitslose und Migranten einen besseren Zugang zum Ehrenamt erhalten. Unterschätzt werde auch das Potential der älteren Menschen.

Die neue Ratsvorsitzende leitet seit 1999 die größte deutsche Landeskirche mit rund drei Millionen Mitgliedern. Sie wurde vor zehn Jahren nach Maria Jepsen, Hamburg, als zweite Frau Bischöfin einer evangelischen Kirche in Deutschland. Margot Käßmann war zuvor Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Die promovierte Theologin ist Mutter von vier Töchtern und seit 2007 geschieden.

Der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, gratulierte der neuen EKD-Ratsvorsitzenden zu ihrer Wahl. Er wünschte ihr, dass sie ihren Dienst „in den kommenden sechs Jahren in glaubens-treuer, wacher, kluger und kompetenter Weise“ verrichte. Das Grußwort enthielt den Vorschlag: „Lassen Sie uns gemeinsam die ökumenischen Bande weiter entwickeln. Als Christen in einer pluralen Gesellschaft stehen wir vor vielfältigen Herausforderungen. Viele davon betreffen die evangelische und katholische Kirche gemeinsam.“ Es sei wichtig, sich nicht nur das noch nicht Erreichte vor Augen zu führen, sondern ganz besonders auch die schon erlangten Gemeinsamkeiten.

In der 64-jährigen Geschichte der EKD nahmen bisher zehn Männer den Ratsvorsitz wahr. Es waren Landesbischof Theophil Wurm (1945 bis 1949), Bischof Otto Dibelius (1949 bis 1961), Bischof Kurt Scharf (1962 bis 1967), Landesbischof Hermann Dietzfel-binger (1967 bis 1973), Landesbischof Helmut Claß (1973-1979), Landesbischof Eduard Lohse (1979 bis 1985), Bischof Martin Kruse (1985 bis 1991), Landesbischof Klaus Engelhardt (1991 bis 1997), Präses Manfred Kock (1997 bis 2003) und Bischof Wolfgang Huber (2003 bis 2009). (4.947 Zeichen)

Freikirchenleiter der Adventisten gratuliert Margot Käßmann

Ostfildern bei Stuttgart, 09.11.2009/APD Der Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), hat Landesbischofin Dr. Margot Käßmann zu ihrer Wahl als Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) gratuliert. „Es dürfte für viele Christen ermutigend sein, dass diese riesige Aufgabe einer Frau übertragen wurde“, schreibt Machel. Die Herausforderungen unserer Zeit seien groß. Es werde kaum gelingen, den Bedürfnissen der Menschen auf allen Gebieten immer zufriedenstellend begegnen zu können. Aber Jesus habe zugesagt, dass er gerade in diesem Bemühen um das Wohl und Heil der Menschen bei uns sein werde „bis an der Welt Ende“ (Matthäus 28, 20).

Der Freikirchenleiter wünschte der neuen Ratsvorsitzenden für ihren Dienst „Freude, Mut, Gesundheit und auch eine Portion Gelassenheit im Vertrauen auf Gottes Führung. Im Glauben an Jesus Christus sehen wir uns als Freikirche mit Ihnen eng verbunden.“ Auch dem neu gewählten Rat der EKD wünschte Machel Gottes Beistand und Segen.

(972 Zeichen)

Evangelische Kirche feiert 2010 das „Melanchthon-Gedenkjahr“

Bretten/Hannover, 09.11.2009/APD Die Protestanten in Deutschland erinnern im kommenden Jahr an den Reformator Philipp Melanchthon (1497-1560). Anlass ist dessen 450. Todestag. Auftakt des Melanchthonjahres bildete ein ökumenischer Gottesdienst in seinem Geburtsort Bretten. An ihm und dem anschließenden Festakt am Reformationstag (31. Oktober) nahmen der badische Landesbischof Ulrich Fischer, der katholische Erzbischof Robert Zollitsch, der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger, der Oberbürgermeister von Bretten, Paul Metzger, sowie Klaus Engelhardt, Landesbischof i.R. und ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), teil.

Melanchthon hätte immer versucht, Brücken zur katholischen Kirche zu bauen, sagte der badische Landesbischof Fischer. Anders als Martin Luther habe Melanchthon die Einheit der Kirche wahren wollen. Erzbischof Zollitsch bezeichnete die gemeinsame Feier am Reformationstag als „starkes Zeichen der Gnade Gottes“, das umso wichtiger sei, da die Christen bis heute unter der schmerzhaften Kirchentrennung litten. Die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ als „Meilenstein in der Ökumene“ wäre bisher noch „viel zu wenig“ beachtet worden, kritisierte er. Melanchthon sei eine der „großen Figuren, bei denen Glaube und säkulare Kultur zusammengehören, ohne dass der Glaube weichgespült oder die säkulare Kultur religiös überfremdet worden wäre“, betonte Engelhardt, der von 1991 bis 1997 als Ratsvorsitzender der EKD amtierte.

Höhepunkt des Melanchthonjahres ist ein langes Festwochenende vom 16. bis 19. April 2010 in der Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt, wo Melanchthon in der Schlosskirche neben Luther begraben liegt. Dabei stehen unter anderem ein Fernsehgottesdienst, Theateraufführungen und Tagungen zu Melanchthon auf dem Programm. Auch die Evangelische Landeskirche in Baden plant gemeinsam mit der Melanchthonakademie in Bretten eine Reihe von Veranstaltungen.

Das Melanchthonjahr 2010 gehört zum Themenjahr „Reformation und Bildung“ der sogenannten Lutherdekade. Bis 2017 steht jedes Jahr unter einem eigenen Hauptthema. Melanchthon passe wegen seiner großen Verdienste im Bildungswesen gut zu diesem Motto, sagte der Wittenberger Prälat Stefan Dorgerloh.

Der 1497 im badischen Bretten als Sohn eines Waffenschmieds geborene Philipp Melanchthon war ein Weggefährte von Martin Luther und unterstützte dessen Reformation. Als Mitarbeiter an Luthers bahnbrechender Bibelübersetzung und Verfasser der „Confessio Augustana“ von 1530 war er Wegbereiter des evangelischen Glaubens. Nach Luthers Tod übernahm er eine Führungsrolle im Protestantismus und war ein wichtiger Gesprächspartner Johannes Calvins (1509-1564). Darüber hinaus amtierte Melanchthon als Rektor der Universität Wittenberg. Wegen seiner großen Verdienste im Bildungswesen galt er schon zu Lebzeiten als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrer Deutschlands). Er starb am 19. April 1560. (2.621 Zeichen)

Weihnachtsmarken mit Motiven der holländischen Buchmalerei

Köln, 09.11.2009/APD Mit den Motiven „Anbetung der Könige“ und „Anbetung des Kindes nach der Geburt“ sind ab dem 12. November die Weihnachtsmarken 2009 zu den Werten 45 und 55 Cent mit Zuschlägen von 0,20 und 0,25 Euro erhältlich. Die Sonderbriefmarken zeigen Abbildungen der sogenannten Hoya-Missale aus Utrecht, ein prachtvolles gotisches Messbuch mit 56 Bildinitialen der holländischen Buchmalerei. Es stammt aus der Schule der „Meister des Zweder van Culemborg“ und wurde in das Jahrzehnt zwischen 1420 und 1430 datiert.

Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Sonderbriefmarken sind bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: mail@aww.info, erhältlich. (967 Zeichen)

International

Aufgehängte Puppe als Todesdrohung

Adventistischer Pastor: „Die religiöse Situation in der Türkei ist kompliziert“

Istanbul/Türkei, 09.11.2009/APD „Wenn an der Haustür eine an den Füßen aufgehängte Puppe mit abgetrennten Armen und das Gesicht als Fratze aufgemalt zu finden ist, handelt es sich um eine Todesdrohung“, gab der Pastor der Siebenten-Tags-Adventisten in Istanbul, Erkin N. (der Name ist der Redaktion bekannt), gegenüber der Nachrichtenagentur APD zu bedenken. Solch eine Puppe hätte seine Frau kürzlich vor dem Eingang ihres Wohnhauses in der Nähe des Bosphorus in Istanbul gefunden. Er habe die Polizei verständigt, die Sprengstoffspezialisten hinzuzog. „Doch glücklicher-

weise enthielt die Puppe keine Bombe.“ Erkin vermutet, dass die Todesdrohung von radikalen Islamisten stammen könnte.

Die religiöse Situation in der Türkei sei kompliziert, stellte der Pastor fest. Da Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht vom Staat anerkannt seien, existierten sie juristisch nicht. Sie könnten deshalb auch keinen Besitz haben. Ihre Gottes- und Wohnhäuser dürften nur über private Stiftungen ins Grundbuch eingetragen werden. Erkin zeigte auf die Kirche im Garten des Wohnhauses. Ein ansehnliches Gebäude ohne Turm, das Platz für über 200 Gottesdienstbesucher biete. In einem zweiten Raum im Untergeschoss könnten 100 weitere Personen unterkommen. Doch da es Probleme mit der Stiftung gegeben habe, sei das Gebäude von der Polizei geschlossen worden und dürfe nicht mehr genutzt werden. Wegen der Kirche sei ein Verfahren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg anhängig. „Doch wegen der Vielzahl der Klagen kann es lange dauern, bis das Gericht entscheidet“, meinte Erkin.

Eigentlich sei das Gotteshaus im Garten für die Bedürfnisse der adventistischen Gemeinde viel zu groß. Doch nur dort könnten sich die Adventisten legal zum Gottesdienst versammeln, betonte der Geistliche. Religiöse Veranstaltungen in Privathäusern seien in der Türkei verboten. Das Gesetz wende sich zwar gegen die Islamisten, „trifft aber auch uns Christen“, meinte Erkin. Im Erdgeschoss des Wohnhauses habe es einen freien Raum gegeben, in dem sich nun die rund 20 Adventisten regelmäßig am Samstag, dem biblischen Sabbat, zum Gottesdienst treffen. „Doch das ist illegal“, stellte der Pastor erneut fest. Vor einiger Zeit seien während des Gottesdienstes Polizisten erschienen und hätten Notizen gemacht. „Doch die Beamten gingen wieder.“ Die Behörden ließen die Gläubigen bisher gewähren. Als im April 2007 in der osttürkischen Stadt Malatya drei christliche Mitarbeiter eines Buch- und Bibelverlages ermordet wurden, habe das Wohnhaus sogar einige Zeit unter Polizeischutz gestanden.

Nach der Ursache der Todesdrohung befragt, äußerte der Pastor, dass früher die adventistische Gemeinde in Istanbul hauptsächlich aus Armeniern mit christlicher Herkunft bestanden habe. „Doch die sind längst in andere Länder ausgewandert.“ Die heutige Gemeinde bestehe ausschließlich aus Türken muslimischen Ursprungs. „Das erregt den Zorn der Islamisten.“

Laut Erkin gibt es in Istanbul noch eine zweite adventistische Gemeinde. Sie versammele sich im asiatischen Teil der Stadt zu ihren Gottesdiensten in einer römisch-katholischen Kirche. Damit wäre der Gemeinde geholfen, die sich legal treffen könne, aber auch den Katholiken, deren Kirche wieder genutzt werde. Die Gemeinde bestehe aber nicht aus Türken, sondern aus osteuropäischen Adventisten, die in Istanbul

arbeiteten. Auch in Izmir gebe es zwei adventistische Gemeinden. Die eine bestehe aus Türken, die andere aus Bewohnern der ehemaligen Sowjetunion.

1889 kam mit Theodore Anthony der erste adventistische Missionar nach Konstantinopel, dem heutigen Istanbul. Er gründete 1893 eine kleine Gemeinde in Alexandretta (Iskenderun). Unter den ersten Gläubigen war auch der Armenier Zadour G. Baharian. Er wurde 1894 als erster einheimischer Pastor ordiniert. 1893 entstanden weitere adventistische Gemeinden in Konstantinopel (20 Mitglieder) sowie in Ovajuk und Bardizag (je 30 Mitglieder). 1904 gründete der aus den USA stammende Arzt Dr. A. W. George eine kleine Klinik in Istanbul. 1909 entstand in Bardizag ein theologisches Seminar. Eine Zahnklinik unter Leitung des Franzosen Dr. Girou kam 1912 in Smyrna (Izmir) hinzu. Bereits im Jahre 1909 schufen die Adventisten in Konstantinopel eine eigene Kirchenleitung, die 1910 von den osmanischen Behörden registriert wurde. Direktor des „Champ Missionnaire Ottoman des Adventistes du Septième Jour“ war der aus Hamburg entsandte Schweizer Missionar Emil Eduard Frauchiger.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gab es auf dem Gebiet der heutigen Türkei rund 350 Adventisten, die hauptsächlich armenischer Herkunft waren. Von ihnen verloren in den nachfolgenden Jahren 167 ihr Leben. Einige traten zum Islam über, um sich zu retten. Eines der ersten Opfer war der als „adventistische Vater“ bekannt gewordene Pastor Zadour G. Baharian. Er wurde 1915 während einer Missionsreise bei Sivas von türkischen Soldaten ermordet. Der Geistliche sollte seinem christlichen Glauben abschwören und auf der Stelle zum Islam konvertieren. Als er sich weigerte und die Hände zum Gebet faltete, wurde er erschossen. Ihm folgten sieben weitere adventistische Pastoren, zum Teil mit ihren Familien. Zuletzt auch Diran Tcherakian.

Wer nicht gleich umgebracht wurde, starb auf Todesmärschen. Der bekannte armenische Lyriker und Hochschullehrer Tcherakian wurde 1915 Adventist. Als Wanderprediger durchzog er 1921 Anatolien, um die bedrohten und verängstigten adventistischen Gemeindeglieder zu trösten. In Konya wurde er festgenommen und vor Gericht gestellt, da er nicht zum Widerruf seines Glaubens bereit war. Seine mitangeklagten beiden Brüder wurden gleich erschossen. Tcherakian musste monatelang zu Fuß und in Ketten, von türkischen Milizionären geschlagen und gefoltert, durch das karge Bergland Anatoliens ziehen. Nach etwa eintausend Kilometern kamen die Gefangenen Anfang Juni 1921 in der Stadt Diyarbakir am Ufer des Tigris an. Die todbringende syrische Wüste lag nun vor ihnen. Dort starb Tcherakian an Erschöpfung.

1923 hatten die meisten überlebenden Adventisten die Türkei verlassen. Die Kirchenleitung wurde bereits 1916 aufgelöst, die Kliniken und das Seminar bestanden

schon seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr. 1948 hatte die Freikirche in Istanbul wieder 70 Mitglieder, hauptsächlich armenischer Herkunft. Für sie wurde in den 1950er Jahren die zur Zeit geschlossene Kirche gebaut. Von 1964 bis 1973 gab es in Istanbul auch wieder eine kleine Klinik. 1993 existierte zudem eine englische Sprachschule. Doch immer mehr Armenier wanderten aus, sodass sich ab 1994 nur noch rund 15 Gläubige in der für sie viel zu großen Kirche zum Gottesdienst versammelten. Im Sommer kamen noch ausländische Urlauber hinzu. Schließlich verließen auch die letzten armenischen Adventisten das Land, und Pastor Erkin N. gründete eine neue, aus Türken bestehende Gemeinde.

Von den 70,5 Millionen Einwohnern der Türkei sind 99 Prozent Muslime, davon 70 Prozent Sunniten und 15 bis 25 Prozent Aleviten. Die Zahl der Christen wird auf unter 100.000 geschätzt, wobei die meisten von ihnen orthodoxen Kirchen angehören.

(6.168 Zeichen)

Friedensnobelpreis für Obama „überraschend und mutig“

Washington D.C./USA, 09.11.2009/APD Der Präsident der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Jan Paulsen, bezeichnete die Vergabe des diesjährigen Friedensnobelpreises an den US-Präsidenten als „Signal“ für Barack Obama den eingeschlagenen Kurs beizubehalten. Die Entscheidung des Nobelpreis-Komitees nannte Paulsen „überraschend und mutig“.

Das Nobelpreiskomitee würdigte mit der Preisverleihung die Anstrengungen von Barack Obama zur Stärkung der internationalen Diplomatie und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Am 20. Januar 2009 wurde Obama in Washington als 44. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Bereits in seiner ersten Rede schwor er seine Landsleute auf einen Neuanfang in Amerika ein und forderte „eine neue Ära“ von Verantwortung und Frieden.

Der aus Norwegen stammende adventistische Weltkirchenpräsident Paulsen interpretierte die Preisvergabe auch als Anerkennung im Kampf gegen Atomwaffen. Er lobte das norwegische Nobelpreiskomitee, weil es ein besonderes Augenmerk auf Obamas Vision und dessen Einsatz für eine Welt ohne Atomwaffen gelegt habe. Paulsen wörtlich: „Dafür lobe ich das Komitee und gratuliere dem US-Präsidenten.“ Paulsen äußerte sich zur Friedensnobelpreis-Entscheidung als Präsident einer über 25 Millionen Menschen umfassenden, weltweiten protestantischen Glaubensgemeinschaft, die sich als „Brückenbauer für den Frieden“ betrachte.

Der Friedensnobelpreis wurde erstmals 1901 an zwei Personen vergeben. Es waren Henry Dunant, Gründer des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, und Frédéric

Passy, Gründer der französischen Friedensgesellschaft „Société d'arbitrage entre les Nations“. In den 108 Jahren wurde der Preis erst 90-mal verliehen.

Das norwegische Komitee zur Vergabe des Friedensnobelpreises besteht aus fünf Persönlichkeiten, die vom norwegischen Parlament ausgewählt und ernannt werden. Der Nobelpreis ist mit umgerechnet knapp einer Millionen Euro dotiert. (1.745 Zeichen)

Kruzifix-Verbot: Kreuzzug gegen das Kreuz?

Protestantische Minderheit in Italien zufrieden – Römisch-katholische Kirche übt scharfe Kritik

Rom/Italien, 09.11.2009/APD In krassem Gegensatz stehen die Reaktionen der römisch-katholischen Kirche Italiens (Bischofskonferenz und Vatikan) und der protestantischen Minderheit im Lande auf das Kruzifix-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EuGHMR) in Straßburg. Das Urteil gilt vorerst nur in Italien, ist aber auch für andere Staaten relevant.

Stimmen aus dem Vatikan: Scharfe Kritik

Nach anfänglicher Zurückhaltung kritisierte der Vatikan das Kruzifix-Urteil scharf. Dieser sehe im Kruzifix ein elementares Zeichen für die Bedeutung der religiösen Werte in der italienischen Geschichte und Kultur, sagte Vatikan-Sprecher Pater Federico Lombardi. Er sprach dem Straßburger Gerichtshof sogar das Recht ab, sich in dieser Form in ureigenste italienische Angelegenheiten einzumischen. Anscheinend wolle das Gericht die Rolle, die das Christentum in der Identität Europas spiele, negieren. Lombardi wörtlich: „Es ist schwerwiegend, ein fundamentales Zeichen der religiösen Werte in der Geschichte und der Kultur Italiens aus Bildung und Erziehung ausschließen zu wollen. Die Religion leistet einen wertvollen Beitrag für die Bildung und das moralische Wachsen der Menschen, und sie ist ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft. Es ist falsch und kurzatmig, das alles aus unserer Bildungswelt ausschließen zu wollen.“

Kurienkardinal Walter Kasper kritisierte das Kruzifix-Verbot des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs als „ideologisch“. „Das Kreuz entfernen zu wollen, ist intolerant“, sagte der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen.

Nach dem Straßburger Kreuz-Urteil äußerte sich Kardinal-Staatsekretär Tarcisio Bertone pessimistisch über den allgemeinen kulturellen Trend. „Dieses Europa des dritten Jahrtausends lässt uns nur die Kürbisköpfe des jüngst wieder begangenen Halloween-Spektakels und nimmt uns die wertvollsten Symbole“, sagte der Kardinal vor Journalisten.

Aldo Giordano, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhles beim Europarat in Straßburg, formulierte seine erste Einschätzung des Urteils so: „Es scheint, als ob das Urteil auf der Annahme beruht, dass es einen Gegensatz gäbe zwischen dem Zeigen des Kreuzes und dem Pluralismus in der Bildung. Ich glaube, dass dieser Gegensatz völlig ohne Fundament ist. Genauso nimmt das Urteil an, dass es einen Gegensatz zwischen dem Kreuz und der Religionsfreiheit des Individuums gibt, und auch das, scheint mir, muss erst noch bewiesen werden. Wir haben viel Erfahrung mit religiösen Minderheiten, die in einer Gesellschaft leben mit einer mehrheitlich anderen Religion – Minderheiten, die dort frei leben.“

Italienische Bischöfe: überrascht und verbittert

Mit Bitterkeit und Überraschung hat die Italienische Bischofskonferenz (CEI) das Kruzifix-Urteil des EuGHMR aufgenommen. Unter den Richtern scheine eine parteiische und ideologische Sichtweise überhandgenommen zu haben, heißt es in einer Stellungnahme der CEI. Die Entscheidung, dass Kruzifixe in Klassenzimmern die Religionsfreiheit verletzen, werde der mehrschichtigen Bedeutung des Kreuzes nicht gerecht. Dieses sei „nicht nur ein religiöses Symbol, sondern auch ein kulturelles Zeichen“, so die italienischen Bischöfe. Der bei der Bischofskonferenz für den interkulturellen Dialog zuständige Bischof Vincenzo Paglia monierte, es sei „verantwortungslos, eine auch kulturell und erzieherisch wichtige Dimension auszulöschen“.

Der Wiener Kardinal Christoph Schönborn bezeichnete das Straßburger Urteil als „schlichtweg inakzeptabel“. Er machte dabei allerdings keinen Unterschied zwischen dem „Kruzifix“ und dem „Kreuz“. Im Unterschied zum einfachen Kreuz trägt das Kruzifix den gekreuzigten Jesus (Corpus Christi). Schönborn betonte: „Das Kreuz in den Klassenzimmern verletzt die Religionsfreiheit nicht, auch nicht das freie Bekenntnis der verschiedenen religiösen Überzeugungen. Dieses Symbol ist vielmehr ein Zeichen dafür, dass die Liebe stärker ist als der Tod. Auf diesem Symbol beruht die europäische und die österreichische Identität. Mit seinem Urteil hat der Menschenrechtsgerichtshof Europa wirklich keinen Dienst getan. Dieser Kontinent hat dann eine Zukunft, wenn er seine Wurzeln nicht leugnet. Das Kreuz ist ein Sinnbild dieser Wurzeln.“

Protestantische Minderheit begrüßt die Richterentscheidung

Domenico Maselli, Präsident der Vereinigung Evangelischer Christen Italiens (FCEI), begrüßte das Kruzifix-Verbot in italienischen Schulzimmern ausdrücklich, da es der Religionsfreiheit diene. Wer darin die Negierung der christlichen Wurzeln Europas sehe, verkenne das große Verdienst des Christentums, allen Menschen die Türen zur Freiheit geöffnet zu haben.

Die Moderatorin der Waldenserkirche, Maria Bonafede, erklärte in einer ersten Stellungnahme zum Urteil: „Dieser Gerichtsentscheid wahrt die Rechte aller: jener, die glauben, jener, die anders glauben, und jener, die nicht glauben.“

Noch entschiedener drückte sich die Präsidentin der italienischen Baptisten, Anna Maffei, aus: „Den gekreuzigten Christus (Kruzifix) wie ein nationales Symbol zu verteidigen bedeutet, den christlichen Glauben zu verdrehen.“

Auch die Italienische Union der Christlichen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten (Chiesa Cristiana Avventista del Settimo Giorno) sieht im Gerichtsentscheid einen positiven Ansatz. Die Adventisten setzten sich aktiv für die Wahrung der Grundsätze der Religionsfreiheit ein. Dazu gehöre auch die Förderung der allgemeinen Toleranz durch Wahrung der Rechte des Einzelnen, seinen Glauben und seine Überzeugung öffentlich oder privat zu vertreten, sagte Dora Bognandi Pellegrini, Abteilungsleiterin für Religiöse Freiheit der italienischen Adventisten.

Der Dekan der italienischen Lutheraner, Pastor Holger Milkau, wies darauf hin, dass der öffentliche Raum nicht der Ort sei, um Anmaßungen auszudrücken. Laut dem Waldenserprofessor Paolo Ricca sei der Gerichtsentscheid richtig: Im multireligiösen Umfeld müsste ein Kruzifix-Verbot außer in Schulräumen auch in öffentlichen Verwaltungsbüros und Gerichten durchgesetzt werden.

Was war das für ein Urteil?

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat sich in einem Grundsatzurteil gegen Kruzifixe in Klassenzimmern öffentlicher Schulen gewandt. Die Kreuze verletzen das Recht von Eltern, ihre Kinder gemäß ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen, erklärten die Richter in Straßburg. Sie verwiesen dabei auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Geklagt hatte eine Italienerin, die eine „säkulare“ Erziehung für ihre beiden schulpflichtigen Kinder verlangt hatte. Vor italienischen Gerichten blieb ihr Protest erfolglos.

Auf atheistische oder andersgläubige Schüler könnte das Kruzifix verstörend wirken, argumentierten die Straßburger Richter. Es sei zudem „unverständlich“, inwiefern das Symbol im mehrheitlich katholischen Italien zum Pluralismus innerhalb des Bildungswesens beitrage. Die Kruzifixe verletzen somit die Religionsfreiheit der Schüler. Der italienische Staat muss 5.000 Euro Schadenersatz an die Klägerin zahlen. Die Regierung in Rom kündigte Berufung gegen das Urteil an. (6.247 Zeichen)

(Siehe hierzu auch den Kommentar von Dr. Harald Mueller „Mittelweg zwischen den Extrempositionen finden“ in dieser Ausgabe.)

Lutherischer Weltbund wählt chilenischen Theologen zum Generalsekretär

Genf/Schweiz, 09.11.2009/APD Der chilenische Theologe und Pfarrer Martin Junge wurde zum achten Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB) gewählt. Seine Amtszeit beträgt sieben Jahre. Mit ihm übernimmt zum ersten Mal ein Lateinamerikaner dieses Amt. Der 48-jährige Chilene ist Nachfolger von Pfarrer Dr. Ishmael Noko, der im Juni 1994 zum ersten afrikanischen LWB-Generalsekretär gewählt worden war.

Martin Junge ist seit September 2000 Gebietsreferent für Lateinamerika und die Karibik in der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung. Von 1996 bis 2000 stand er der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile (ELC) als Präsident vor. Nach seiner Ordination zum Pfarrer der ELC im Jahr 1989 arbeitete er als Seelsorger in Santiago de Chile. Von 1980 bis 1986 studierte Junge Evangelische Theologie in Göttingen.

Der Lutherische Weltbund (LWB) mit Sitz in Genf ist eine weltweite Gemeinschaft lutherischer Kirchen. Er zählt gegenwärtig 140 Mitgliedskirchen, denen rund 68,5 Millionen lutherische Christen in 79 Ländern angehören. (955 Zeichen)

Schweiz: 10,2 Millionen Franken Spendengelder für Asien

Bern/Schweiz, 09.11.2009/APD Bei der „Glückskette“, der humanitären Solidaritäts- und Sammelplattform der Schweiz, sind seit dem nationalen "Glückskette"-Sammeltag Anfang Oktober 10,2 Millionen Schweizer Franken (6,75 Millionen Euro) zugunsten der Opfer der Naturkatastrophen auf Sumatra, den Philippinen, in Kambodscha, Vietnam und Indien eingegangen. Damit wurden die Spendenzusagen sogar verdoppelt.

Mit den Spendengeldern finanziert die „Glückskette“ in den betroffenen Regionen Nothilfe und langfristige Wiederaufbauprojekte, welche zehn Schweizer Partnerorganisationen der „Glückskette“ durchführen. Derzeit werden Trinkwasser und Nothilfepakete mit Grundnahrungsmitteln sowie Hygieneartikeln verteilt. In Gemeinschaftsküchen erhalten die Notleidenden eine warme Mahlzeit.

Zu den in den Katastrophengebieten arbeitenden zehn Hilfswerken gehören Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz, Ärzte ohne Grenzen (MSF) Schweiz, Caritas Schweiz, Fastenopfer, Handicap International, HEKS, Medair, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH), Schweizerisches Rote Kreuz (SRK), Terre des hommes – Kinderhilfe.

Die „Glückskette“ wird von Radio und Fernsehen der SRG SSR idée suisse getragen und arbeitet auch eng mit anderen Medien zusammen. Die Spenden kommen ohne

Abzüge zu hundert Prozent den Bedürftigen zugute. Die „Glückskette“ finanziert ihre Unkosten aus Zinserträgen von noch nicht eingesetzten Geldern. (1.307 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Zehnte bundesweite Aktion „Kinder helfen Kindern“

Weiterstadt bei Darmstadt, 09.11.2009/APD Zum zehnten Mal ruft die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland auf, Weihnachtspakete für Heim- und Waisenkinder in Ost- und Südosteuropa zu packen. Auch in diesem Winter rollen die Lastwagen mit Geschenkpaketen nach Mazedonien, Albanien, Serbien, in den Kosovo, die Ukraine und in die Republik Moldau, kündigte der Direktor von ADRA Deutschland, Erich Lischek, an. Dazu gehörten auch die nachhaltigen Verbesserungen an Gebäuden und Einrichtungen der Kinder- und Waisenheime. So habe ADRA Küchen, Sanitäreanlagen, ganze Schulen und einen Kindergarten saniert. Außerdem gab es Schulspeisungen, Unterrichtsmaterialien, Freizeitlager und Reittherapie für behinderte Kinder.

Besorgt äußerte sich Lischek über die wachsende Armut von Kindern in Deutschland. Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ADRA die aufkommenden Nöte. „Seit zwei Jahren versuchen wir, Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen in die Aktion zu integrieren“. Dabei sei interessant, dass diese Gruppe keineswegs nur als Empfänger der Hilfe auftrete, viele von ihnen würden selber aktiv, um anderen eine Freude zu machen.

Zur letztjährigen Weihnachtsaktion von „Kinder helfen Kindern“ gingen dank der Unterstützung zahlreicher Familien, Kindergärten, Schulen und Kirchengemeinden fast 39.000 Geschenkpakete an Heim- und Waisenkinder in sieben Ländern. Weitere Informationen über die ADRA-Aktion sind im Internet unter www.kinder-helfen-kindern.org zu finden. (1.339 Zeichen)

Dokumentation

Erklärung zum Tag der Schöpfung am 24.Oktober 2009

Am 24. Oktober 2009 feiert die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland einen besonderen „Sabbat der Schöpfung“ und veröffentlicht dazu folgende Erklärung:

Wir glauben an einen Schöpfergott, der diese Welt und das Leben auf ihr geschaffen hat und es erhält. Deshalb bewundern wir die Natur und beten Gott als Schöpfer an.

Die Schöpfung begreifen wir als ein Geschenk Gottes, das uns zu verantwortungsbewusstem und haushalterischem Umgang mit ihr verpflichtet. Wir bejahen die Gestaltung der Schöpfung durch den Menschen, lehnen ein Bild einer sich selbst überlassenen Natur ab. Wir fordern aber Nachhaltigkeit im Umgang mit der Schöpfung und ihren Ressourcen bei allem, was wir tun. Der bewusste Umgang mit der Schöpfung bei allem menschlichen Gestalten ist Ausdruck unseres handelnden Glaubens.

Der Mensch selbst ist Teil der Schöpfung und wird durch die ihm verliehene Gottesebenbildlichkeit mit unantastbarer Würde ausgestattet. Deshalb stehen wir ein gegen Folter, Todesstrafe, Vertreibung und alle entwürdigenden Praktiken, die Menschen ihres Lebens oder Lebensraumes berauben. Wir akzeptieren keinen Rassismus, weder in der Gesellschaft noch in unserer Freikirche.

Der Mensch ist als Mann und Frau geschaffen, wodurch der Mensch erst in der so bestimmten Zweisamkeit seine Ganzheit erfährt. Deshalb sind wir gegen jede geschlechterspezifische Diskriminierung und auch gegen die Auflösung von Ehe und Familie. Wir betrachten unsere Kinder als ein Geschenk Gottes, wodurch ihre Erziehung zur erstrangigen Lebensaufgabe wird.

Alles wirtschaftliche Handeln darf nicht der Gewinnmaximierung Weniger dienen, sondern muss das ökonomische Wohl aller Menschen im Auge haben. Der Mensch darf nicht zum Objekt wirtschaftlichen Handelns werden, sondern er soll dieses Handeln als weiteres gestaltendes Element der Welt verstehen. Die in der Schöpfung grundlegend eingeflochtene Zeit der Ruhe, des Herausgenommenseins aus allen Zwängen und Ansprüchen der Lebensbewältigung ist eine heilige, unantastbare Zeit. Sie darf dem – wirtschaftlichen – Erfolgsstreben nicht geopfert werden.

Wir schätzen die Wissenschaften als eine wesentliche Erkenntnisquelle in unserer Zeit und respektieren Auffassungen, die über die Entstehung der Welt anders urteilen als wir es in unserem Glauben bekennen. Wir sind aber auch in gleicher Weise gegen jede Ideologisierung wissenschaftlicher Erkenntnis oder Theorie, wenn diese zur Diskriminierung Andersdenkender missbraucht wird.

Die Vorstände des Norddeutschen und Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland

Zeitgeschehen

110 Jahre theologische Ausbildungsstätte der Adventisten in Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, die älteste Institution der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, kann auf 110 Jahre einer wechselvollen Geschichte zurückblicken. Die verschiedenen Regierungsformen, die in dieser Zeit über Deutschland hinweggingen, blieben auch für die Existenz der Bildungseinrichtung und den Ort Friedensau selber nicht ohne Auswirkungen. Maßgeblich gehört dazu der Fall der Berliner Mauer vor zwanzig Jahren. Sie hatte nicht nur Deutsche in Ost und West, sondern auch die beiden großen Machtblöcke der Welt voneinander getrennt. Der Mauerfall öffnete selbst für Friedensau neue Perspektiven, an die niemand zuvor gedacht hatte. Er führte bald darauf im September 1990 zur staatlichen Anerkennung des bisherigen Theologischen Seminars durch das DDR-Ministerium für Hochschulwesen in Berlin als Theologische Hochschule in freier Trägerschaft. Von den anderen kirchlichen Ausbildungsstätten, die gleichfalls anerkannt wurden, existieren in den neuen

Bundesländern neben Friedensau nur noch die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik in Halle.

Von der Gründung bis zur NS-Zeit

Die damalige Entscheidung zur staatlichen Anerkennung als Theologische Hochschule wurde unter anderem maßgeblich von der Entwicklung beeinflusst, welche die Friedensauer Bildungseinrichtung während der zurückliegenden Zeit in der Ausbildung von Pastoren und Missionaren genommen hatte.

Vor 110 Jahren begann am 19. November 1899 nach dem Kauf der „Klappermühle“, einem Mühlengrundstück von 34 Hektar, unter äußerst bescheidenen Bedingungen der Unterricht an der ersten adventistischen Predigerausbildungsstätte in Europa. Die Schulkonzeption gründete sich auf eine ganzheitliche Erziehung. Von Jahr zu Jahr wuchs die Zahl der jungen Leute, die in Friedensau ihre Ausbildung erhielten. Bereits 1910 waren es mehr als 240 Studierende. Von Anfang an übernahm Friedensau durch Mission und Entwicklungsarbeit soziale Verantwortung. Bis zu Schließung des Seminars im Ersten Weltkrieg erhielten mehr als 2.400 junge Leute in Friedensau eine Ausbildung. Dazu gehörte seit 1902 auch eine Krankenpflegeschule, die ab 1922 am Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin weitergeführt wurde.

Unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen wurde in der Zeit der Weimarer Republik 1919 die Lehrtätigkeit erneut aufgenommen. Bald kamen neue Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten hinzu, sodass wieder um die 200 Studierende am Seminar eingeschrieben waren. In dieser Zeit erhielt der Ort Friedensau die kommunale Selbständigkeit. Nach nur 14 Jahren kam Hitler an die Macht, und damit waren Einschränkungen und Behinderungen für die Freikirche und das Seminar die Folge. Mehrfach wurde von den NS-Machthabern versucht, Friedensau zu enteignen. Der Zweite Weltkrieg brachte die zweite Unterbrechung der Lehrtätigkeit in Friedensau. Ein Lazarett wurde für die Wehrmacht eingerichtet. Von der Wiedereröffnung im Jahre 1919 bis zur Schließung des Seminars im Zweiten Weltkrieg gab es annähernd 3.300 Studierende in Friedensau.

Sowjetische Besatzung und DDR-Zeit

Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen am 5. Mai 1945 wurden die Friedensauer Gebäude bis auf einige wenige Ausnahmen für Lazarettzwecke beschlagnahmt und mit einem Stacheldrahtzaun abgetrennt. Nach Auflösung des Lazaretts ließ die Rote Armee nach ihrem Abzug im Mai 1947 die Gebäude in einem katastrophalen Zustand unter Verlust des gesamten Inventars zurück.

Nach wiederholten Anträgen erteilte im Juni 1947 der Leiter der Kulturabteilung bei der Sowjetischen Militäradministration die Genehmigung zur Wiedereröffnung der Schule. Wie sich später aus veröffentlichten Geheimdokumenten der Militärregierung in Berlin-Karlshorst herausstellte, stand diese Entscheidung im Gegensatz zu den Direktiven die Moskau vorgegeben hatte. So geschah es, dass in der sowjetischen Besatzungszone das Friedensauer Seminar als erste kirchliche Ausbildungsstätte wieder mit der Arbeit beginnen durfte – und das noch vor der Wiedereröffnung der adventistischen Seminare Neandertal und Marienhöhe im Westen Deutschlands.

Unter dürftigsten äußeren Umständen wurde der Lehrbetrieb am 1. Juli 1947 mit vier Lehrkräften und achtzehn jungen Leuten erneut aufgenommen. Sie kamen fast alle aus dem Kriegsgeschehen. Nur wenige spärlich eingerichtete Räume standen anfangs zu Studier- und Wohnzwecken zur Verfügung. So begann der dritte Abschnitt in der Geschichte des Friedensauer Seminars. Walter Eberhardt, Schulleiter von 1947 bis 1954, sah sich mit seinen Mit-

arbeitern von Anfang an fast unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme des Lehrbetriebes gegenüber. Eine Unterstützung von außen war unmöglich, und es fehlte buchstäblich an allem.

Die Genehmigung durch die sowjetische Militärverwaltung erwies sich in den folgenden vierzig Jahren für Friedensau äußerst vorteilhaft. Durch diesen Tatbestand ließen sich weitgehend Versuche der Einflussnahme durch die DDR-Regierung auf den Lehrbetrieb abwehren. Infolge der Teilung Deutschlands konnte das Seminar nur junge ostdeutsche Adventisten aufnehmen.

Der Gedankenaustausch mit anderen adventistischen theologischen Ausbildungseinrichtungen, war bedingt durch die Abgrenzungspolitik der DDR, für Jahrzehnte unmöglich. Der Friedensauer Lehrkörper bemühte sich jedoch, die Ausbildung so gründlich, gegenwartsnah und praktisch, wie nur irgend möglich, angesichts der besonderen Situation in der DDR zu gestalten. Dazu zählte ab 1964 auch die Einführung eines Gemeindepraktikums für Theologiestudenten.

Durch Kontakte zu den theologischen Fakultäten der Universitäten sowie zu theologischen Ausbildungsstätten anderer Konfessionen sah die Seminarleitung die Notwendigkeit weiterer Profilierung des Studiums. Der erste Schritt war die Umwandlung des Predigerseminars in ein Theologisches Seminar, wobei Friedensau von den DDR-Behörden als „Theologische Fakultät“ bezeichnet wurde. Um Möglichkeiten für die Fortbildung der Lehrkräfte zu schaffen, wurden jeweils ein bis zwei von ihnen für ein Trimester vom Lehrbetrieb für postgraduale Studien freigestellt. Das geschah an der Universität in Halle, am Newbold-College in England und an der Andrews Universität in den USA. Im Zuge einer Studienreform im Jahr 1983 wurde unter Wahrung der adventistischen Identität eine Angleichung an das Niveau des allgemein anerkannten Theologiestudiums der Universitäten angestrebt.

Bereits 1971 hatte der Generalkonferenzpräsident (Weltkirchenleiter) der Adventisten, Robert H. Pierson, bei seinem ersten Besuch in der DDR vorgeschlagen, Studenten aus Staaten der Dritten Welt in Friedensau aufzunehmen. Er begründete es damit, dass es in Ländern unter kommunistischen Einfluss in der Regel keine Ausbildungsmöglichkeiten für Pastoren gebe und Friedensau Möglichkeiten dazu böte.

Zu jener Zeit studierten an Fachschulen und Universitäten der DDR zunehmend Angehörige osteuropäischer Staaten sowie aus Ländern der Dritten Welt, soweit die DDR diplomatische Beziehungen zu ihnen unterhielt und sie von ihrem Heimatstaat delegiert wurden. Das nahm die adventistische Leitung in der DDR zum Anstoß, bei den Behörden auszuloten, ob man nicht auch jungen Adventisten aus dem Ausland ein Theologiestudium in Friedensau ermöglichen könne. Nach Verhandlungen, die sich fast über ein Jahrzehnt hinzogen, wurden schließlich 1981 die ersten Einreisevisa für Studienzwecke in Friedensau erteilt. Im letzten Jahrzehnt der DDR konnten jährlich 15 bis 20 Studenten ein Vollstudium in Friedensau absolvieren. Das war etwas Außergewöhnliches in der DDR. Einige der damaligen Studenten haben heute in Osteuropa und Afrika Leitungsfunktionen in der Freikirche inne, einer gehört als Mitglied dem Präsidium der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) an.

Politische Wende und staatliche Anerkennung als Hochschule

Die politische Wende vor zwanzig Jahren im November 1989 eröffnete in vielen Bereichen ganz unerwartet neue Perspektiven. Die ersten freien Wahlen für die DDR-Volkskammer wurden für den 18. März 1990 angesetzt. In ihrem Wahlprogramm hatte die CDU (DDR) auch eine nachträgliche Anerkennung kirchlicher Ausbildungsprogramme in Aussicht gestellt. Das sollte auf Antrag und nach entsprechender Prüfung durch das Ministerium für Wissenschaft

und Bildung geschehen – vorausgesetzt die Ausbildung entspräche dem Niveau der staatlichen Fach- und Hochschulen.

Nach der Wahl der neuen Regierung unter Lothar de Maizière Anfang April 1990 wandte sich der damalige Friedensauer Seminardirektor Dr. Manfred Böttcher mit dem Anliegen um staatliche Anerkennung in einem Schreiben an Professor Dr. Hans Joachim Meyer, der als Minister für Bildung und Wissenschaft ins ostdeutsche Kabinett berufen wurde. Umgehend antwortete er und erklärte seine grundsätzliche Bereitschaft zur Prüfung eines möglichen Antrages. Zu diesem Zweck bot er ein Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter in seinem Ministerium in Berlin (Ost) zur Klärung der notwendigen Sachfragen an, das wenige Tage später stattfand.

Zugleich nahm die Seminarleitung Kontakt mit den Sektionsleitern für Theologie an den DDR-Universitäten auf, die durch Gastvorlesungen das Friedensauer Theologische Seminar kennen gelernt hatten, und bat sie um freundliche Unterstützung des Antrages auf staatliche Anerkennung. Da sich die Wiedervereinigung in absehbare Zeit abzeichnete, bemühte sich die Seminarleitung zugleich um ein Konsultationsgespräch mit dem Minister für Kultur und Wissenschaft des Landes Niedersachsen. Bereits zwei Wochen später, Anfang Juni 1990, fand es in Hannover statt. Nach eingehender Darstellung der Ausbildung in Friedensau nahm der Minister Einblick in die mitgebrachten Unterlagen über das Studium am Theologischen Seminar. Abschließend machte er den Vorschlag, auf der Grundlage des Hochschulrahmengesetzes der Bundesrepublik eine Anerkennung als Theologische Hochschule zunächst ohne Promotionsrecht anzustreben und bot dazu seine fachliche Unterstützung an. Über alle diese Schritte hielt die Seminarleitung engen Kontakt mit der europäischen Kirchenleitung der Adventisten in Bern. Sie ermutigte zur Antragstellung auf staatliche Anerkennung.

Die folgenden Wochen beschäftigten Seminarleitung und Dozenten voll mit der Erarbeitung der umfangreichen Antragsunterlagen. Dazu gehörten unter anderem auch ein Abriss über die Entwicklung der Friedensauer Bildungseinrichtung in der zurückliegenden Zeit sowie Beschreibungen über Inhalte der Studienfächer. Angaben über den Lehrkörper und die Bibliothek sowie Einzelheiten zum Lehrprogramm mit den erforderlichen Literaturhinweisen und Informationen über die von den Studenten geforderten Leistungsnachweise wurden ebenfalls beigefügt. Noch Ende Juni gelang es, die Dokumentation mit allen Anlagen dem Ministerium in Berlin persönlich zu übergeben. Eine wohlwollende Prüfung wurde zugesagt, jedoch darauf hingewiesen, dass eine Entscheidung auch vom Votum der Hochschulrektoren-Konferenz der DDR abhängig sein werde. Dabei fielen unter anderem die ständigen Bemühungen zur Anhebung des Studienniveaus, sowie die in Friedensau beachtliche Zahl ausländischer Studenten ins Gewicht.

Nach Beratung im DDR-Ministerrat unterschrieb am 10. September 1990 der Minister für Bildung und Wissenschaft die Urkunde, die Friedensau den Status einer staatlich anerkannten Theologischen Hochschule mit Wirkung vom 15. September 1990 verlieh. Da in der Bundesrepublik die Bildungshoheit Sache der Länder ist, war es nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erforderlich, um die Bestätigung der erteilten staatlichen Anerkennung durch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt nachzusuchen, die dann Anfang 1991 ebenso erteilt wurde. Daraufhin beschloss am 17. April 1991 der Ausschuss der europäischen Freikirchenleitung in Bern, die Theologische Hochschule Friedensau als einzige adventistische Pastoren-Ausbildungsstätte für das vereinte Deutschland weiterzuführen. Das Theologische Seminar Marienhöhe, Darmstadt, wurde geschlossen.

Während der DDR-Zeit haben nahezu 300 Friedensauer Absolventen den Dienst als Pastoren in den Adventgemeinden Ostdeutschlands aufgenommen und mehr als tausend Jugendliche

den einjährigen Diakonlehrgang abgeschlossen. Rückblickend kann sich keiner vorstellen, wie die Gemeinden der DDR ohne Friedensau diese Zeit hätten bewältigen können.

Mit der Wiedervereinigung gehört Friedensau wieder wie zur Gründerzeit allen adventistischen Gemeinden in Deutschland. Neue Perspektiven haben sich damit für Hochschule und Freikirche aufgetan. Der Studiengang „Christliches Sozialwesen“ wurde hinzugefügt. Durch intensive Forschungsarbeiten ihrer Institute und wissenschaftliche Publikationen festigte Friedensau seinen Ruf unter den Hochschulen in Sachsen-Anhalt. Seit dem Bestehen als Hochschule haben mehr als 500 Studenten ihren Dienst in den Gemeinden als Pastoren aufgenommen und über 600 Studenten sind in den sozialen Dienst im In- und Ausland getreten. Viel Neues ist geworden. Die Lebens- und Studienbedingungen haben sich entscheidend verbessert. Die Hochschule Friedensau ist Mitglied in der Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt, war die erste Hochschule im Land mit akkreditierten Studiengängen um im Rahmen des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare Masterstudiengänge zu haben, und greift die Perspektiven für die Zukunft auf. Zwei Masterstudiengänge werden in englischer Sprache durchgeführt. Im nächsten Jahr beginnt ein Studiengang für Pflege- und Gesundheitswissenschaften in Kooperation mit dem Berliner Krankenhaus „Waldfriede“. Ein Gesundheitszentrum ist in Planung. Friedensau hat mit seiner staatlichen Anerkennung durch Kooperationen mit den adventistischen theologischen Ausbildungsstätten in Collonges/Frankreich und Sazawa/Tschechien auch diesen Seminaren die Anerkennung ihrer Abschlüsse ermöglicht und unterhält Beziehungen zu anderen internationalen adventistischen und nicht-adventistischen Universitäten.

Dr. Manfred Böttcher

(Hinweis der Redaktion: Dr. h. c. Manfred Böttcher war von 1969 bis 1982 Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR und von 1982 bis 1991 Rektor der späteren Theologischen Hochschule Friedensau.)

Kommentar

zum Kruzifix-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EuGHMR) vom 3. November 2009

Mittelweg zwischen den Extrempositionen finden

Am 3.11.2009 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg einer in Italien lebenden Familie Recht gegeben, die sich gegen die Anbringung von Kruzifixen in öffentlichen Schulen gewandt hatte. Nach der Wertung des Gerichtshofs ist ein derartiges Symbol nicht lediglich ein von allen hinzunehmender Ausdruck von Tradition, sondern ein Zeichen, das einer bestimmten (Mehrheits-)Religion zuzuordnen ist, und wenn es in öffentlichen Schulen angebracht ist, die staatliche Neutralitätspflicht verletzt sowie die negative Religionsfreiheit derer, die sich nicht mit diesem Symbol identifizieren können.

Dieser Fall und das Echo darauf haben deutlich gemacht, dass das Thema der Religionsfreiheit in der Öffentlichkeit nach wie vor Zündstoff bietet. Auch das deutsche Bundesverfassungsgericht hatte sich bereits 1995 mit einer vergleichbaren Situation in Bayern zu beschäftigen und die dortige Kruzifixregelung beanstandet. Anders als der für seine laizistische Sichtweise bekannte Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte das Bundesverfassungsgericht den Focus auf eine „praktische Konkordanz“ der beteiligten Grundrechtspositionen gelegt. Danach muss die positive Religionsfreiheit derjenigen, die ein religiöses Symbol in öffentlichen Räumen befürworten, abgewogen werden gegen die negative Religionsfreiheit derer, die von religiösen Bezügen weitgehend verschont werden wollen. Es komme darauf an, eine Lösung zu finden, die nicht einer Position zur maximalen Geltung verschaffe, sondern einen möglichst schonenden Ausgleich aller beteiligten Grundrechtsgüter herbeiführe. In Folge dieser Rechtsprechung kam es nicht zu einer Abschaffung der Kruzifixe an bayerischen Schulen, sondern zu einer Änderung des Schulgesetzes, welches nun eine Widerspruchsmöglichkeit für den Einzelfall vorsieht.

Unter Anwendung der Prinzipien der „praktischen Konkordanz“ hatte unlängst das Berliner Verwaltungsgericht zugunsten eines muslimischen Schülers entschieden. Er darf nun während der Pause sein Gebet verrichten und erhält hierzu einen besonderen Raum zugewiesen. Die heftigen Reaktionen auf dieses Urteil haben gezeigt, wie schwierig der Umgang mit religiösen Bedürfnissen in der Öffentlichkeit sein kann und welche Ängste geweckt werden. Das ist besonders dann der Fall, wenn Minderheiten betroffen sind, die ihre Rechte geltend machen. Hier gilt es einen besonnenen Mittelweg zwischen den Extrempositionen der Unterdrückung aller religiösen Bezüge einerseits und der Verquickung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften andererseits zu finden.

Dr. Harald Mueller

(Hinweis der Redaktion: Der Jurist Dr. Harald Mueller leitet das Institut für Religionsfreiheit an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg.)